

Good Governance in Indien

Michael von Hauff

1 Einleitung

Indien gilt in Bezug auf die Bevölkerungszahl als die größte Demokratie der Welt. Es gibt eine Vielzahl politischer Parteien, die – wie in anderen etablierten bzw. gefestigten Demokratien auch – sich in einem politischen Wettbewerb miteinander befinden, der nach demokratischen Regeln ausgetragen wird. In Indien ist auch die Existenz und Pluralität von Interessenorganisationen weitgehend gewährleistet. Es besteht ferner eine unabhängige und eigenständige Justiz. Positiv hervorzuheben ist weiterhin die relativ friedliche Koexistenz verschiedener Religionen und der kulturellen bzw. ethnischen Vielfalt. Unter Berücksichtigung dieser politischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen weist Indien eine beachtliche Stabilität auf. Natürlich ist nicht zu übersehen, dass diese insgesamt positiven Rahmenbedingungen – wie in anderen Demokratien auch – faktisch durch eine Reihe von Einschränkungen und von sozialen und politischen Ungleichgewichten gekennzeichnet sind. Indien weist zweifellos einige beachtliche Ungleichgewichte auf wie beispielsweise das Kastensystem, die jedoch hier nicht weiter aufgeführt werden sollen.

Das Staatsgebilde Indiens zeichnet sich durch ein föderalistisches System aus, d.h. es untergliedert sich in unabhängige Bundesstaaten und Territorien. Während der indische Föderalismus bis zu Beginn der neunziger Jahre durch die jeweilige Zentralregierung erfolgreich zurückgedrängt wurde, lässt sich seit Beginn der Liberalisierungspolitik des Jahres 1991 bei den meisten Bundesstaaten ein stärkeres Interesse an Eigenverantwortung bzw. politischer und wirtschaftlicher Eigenständigkeit beobachten.¹ Die Bundesstaaten entdecken zunehmend die Verantwortung und besonders die Möglichkeiten, ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung zu gestalten bzw. zu fördern. Dies führt zu wachsendem Wettbewerb zwischen den Regionen in Indien u.a. um ausländisches Kapital und fördert auch die Dezentralisierung, d.h., es kommt zu einer Machtumverteilung zu Lasten der indischen Zentralregierung.

¹ V. Hauff (2002): 276ff.

Innerhalb der Ländergruppe der Entwicklungsländer hat Indien den fünftgrößten Industriesektor und gilt als die elftgrößte Industrienation weltweit. Seit Beginn der Liberalisierung hat die wirtschaftliche Dynamik deutlich zugenommen, und Indien weist seit einigen Jahren ein relativ konstantes Niveau des Wirtschaftswachstums von jährlich 5% auf. Daher stellt sich der Wirtschaftsstandort Indien im Vergleich zu vielen anderen Ländern in der Region zunächst positiv dar. Das gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass andere Länder wie z.B. China eine deutlich größere wirtschaftliche Dynamik aufweisen und als Wirtschaftsstandort für ausländische Kapitalgeber vielfach attraktiver erscheinen. In diesem Kontext sollte jedoch noch berücksichtigt werden, dass Indien im Jahr 2003 einen Devisenüberschuss von 85 Mrd. US\$ erwirtschaftete. Dadurch konnte Indien von den Schulden an die Weltbank und die Asian Development Bank (ADB) 3 Mrd. US\$ vorzeitig zurückzahlen, was die Kreditwürdigkeit Indiens deutlich verbesserte.

Schließlich ist noch auf eine aktuelle Entwicklung hinzuweisen, die in der Region eine Besonderheit darstellt. Finanzminister Jaswant Singh hat in seiner Haushaltsrede am 28. Februar 2003 angekündigt, dass Indien in Zukunft auf die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit u.a. mit den Niederlanden und anderen Ländern – es handelt sich faktisch um die kleinen Geberländer – verzichten werde. Gleichzeitig wurde angekündigt, dass Indien künftig zu den Geberländern gehören werde. Indien hat nicht nur im Rahmen der HIPC-Initiative hoch verschuldeten armen Ländern Schulden erlassen, sondern den eigenen Entwicklungsfonds auf 1,4 Mrd. Euro aufgestockt und diesen in die India Development Initiative eingebracht. Damit sollen hauptsächlich Projekte in Afrika südlich der Sahara, d.h. in Kenia, Ghana, Sambia, Simbabwe und Tansania, finanziert werden.

Parallel zu diesen positiven Entwicklungstendenzen kam es jedoch gerade in Indien zu einer intensiven Diskussion über das Thema „Good Governance“. Wie hinreichend bekannt, ist dieses Thema heute ein wichtiger Bereich der entwicklungspolitischen Diskussion bzw. der Entwicklungszusammenarbeit. Aufgrund des Fehlens bzw. Versagens öffentlicher Institutionen und Regierungen in Entwicklungsländern war es vor allem die Weltbank, die dieses Thema aufgriff. Daraufhin hat es auch außerhalb der Weltbank deutliche Beachtung erfahren.

Die Weltbank hat Anfang der neunziger Jahre unter der Begrifflichkeit von Good Governance ein Anforderungsprofil an Staat und öffentliche Verwaltung entworfen. Das Thema fand jedoch auch in der politikwissenschaftlichen entwicklungsländerbezogenen Diskussion breite Zuwendung. In diesem Beitrag wird das Thema Good Governance in Indien jedoch mehr aus ökonomischer Perspektive diskutiert. Aus ökonomischer Sicht geht es ganz zentral um die Frage, warum Good Governance bei den zu Beginn aufgezeigten relativ positiven Rahmenbedingungen bzw. Entwicklungstendenzen gerade in Indien verstärkte Aufmerksamkeit gefunden hat. Aus der Sicht der Ökonomie kann hierzu besonders die Neue Politische Ökonomie wichtige Begründungszusammenhänge aufzeigen.

In dem folgenden Abschnitt geht es zunächst um die inhaltliche Abgrenzung von Good Governance aus der Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie. Dies führt dann auch zu ersten Erkenntnissen bezüglich der Relevanz dieses Themas für In-

dien. In Abschnitt 3 werden ausgewählte Bereiche, die aus der Perspektive Indiens relevant sind, vorgestellt. Die wichtigsten Erkenntnisse und Schlussfolgerungen werden zum Schluss noch einmal verdeutlicht.

2 Politische Ökonomie von Good Governance

Es ist auffällig, dass die Aufgaben und Funktionen von Staat und Verwaltung beim Entwicklungsprozess von Entwicklungsländern schon in Berichten der Weltbank aus den Jahren 1983 und 1988 kritisch reflektiert wurden. Der konkrete Anlass für die Weltbank, sich diesem Thema noch gezielter zuzuwenden, war dann schließlich in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre die ökonomische und soziale Fehlentwicklung im südlichen Teil Afrikas. Wesentliche Ursachen für die wirtschaftliche und soziale Fehlentwicklung identifizierte die Weltbank besonders bei den Defiziten im institutionellen Umfeld von Staat und Verwaltung. Diese Fehlentwicklungen wurden mit „bad“ bzw. „poor“ Governance charakterisiert.

Es kam dann von einer ursprünglich negativ besetzten Begrifflichkeit, d.h. von „bad“ oder „poor“ Governance, zu einer Umkehrung, d.h. zu „Good Governance“. Die von der Weltbank festgestellten Mängel wurden in eine positive Strategie von Good Governance eingebracht. „Ins Blickfeld rückten damit die staatlichen Institutionen und Strukturen, die Entscheidungsfindungsprozesse bzw. das Leistungsvermögen bei diesbezüglicher Implementierung sowie das Verhältnis zwischen Regierung und Verwaltung einerseits und der Gesellschaft andererseits.“² Hier wird der inhaltliche Bezug zur Neuen Politischen Ökonomie deutlich.

Es wurde zunehmend erkannt, dass die Wohlfahrt der Bevölkerung durch eine eigennützig handelnde Elite aufgrund von Korruption und *rent seeking* verringert wird. Das Postulat, das die Weltbank in ihrem Bericht von 1992 festschrieb, basiert ganz wesentlich auf Erkenntnissen der Neuen Institutionsökonomik und lautet: „Governance must provide rules to make markets work and ensure property rights.“³

Im weiteren Sinne diskutiert die Weltbank die Relevanz politischer Entscheidungsprozesse für den ökonomischen Entwicklungsprozess.⁴ Seither kommt diesem Thema in vielen Weltentwicklungsberichten der Weltbank große Bedeutung zu und wird somit auch zu einem wichtigen Strategieelement der Weltbank. Welche Bedeutung sie Good Governance beimisst, wird aus dem folgenden Zitat deutlich:

Viele der Institutionen, die Märkte unterstützen, werden von der öffentlichen Hand bereitgestellt. Die Fähigkeit des Staates, diese Institutionen bereitzustellen, ist deshalb ein wichtiger Bestimmungsfaktor für das Verhalten von Menschen in Märkten und die Funktionsfähigkeit der Märkte. Die erfolgreiche Bereitstellung solcher Institutionen wird häufig als „gute Staatsführung“ (Good Governance) bezeichnet. Gute Staatsführung umfasst die Einführung, den Schutz und die Durchsetzung von

² Theobald (2000): 95.

³ World Bank (1992): 6.

⁴ Ebenda.

Eigentumsrechten, ohne die die Möglichkeiten von Markttransaktionen eingeschränkt bleiben. Dazu gehört auch, ein System von Regeln bereitzustellen, das gemeinsam mit dem Markt den Wettbewerb fördert, und es beinhaltet eine solide makroökonomische Politik, die ein stabiles Umfeld für Marktaktivitäten schafft. Ein Ergebnis guter Staatsführung ist auch das Fehlen von Korruption, weil diese die Ziele von Politik und die Legitimation der die Märkte unterstützenden Institutionen der öffentlichen Hand untergraben kann.⁵

Die Fokussierung von Good Governance, wie sie beispielsweise bei der Weltbank, aber auch bei anderen internationalen Organisationen zu finden ist, wird jedoch immer wieder kritisiert. So gibt beispielsweise Lakshman zu bedenken, dass Good Governance eine sehr viel größere Reichweite haben muss. In diesem Zusammenhang weist er auf die Poverty Reduction Strategy (PRS) der Asian Development Bank als eine „Crosscutting Priority“ hin. Entscheidend hierbei ist jedoch nicht nur die Existenz von Strategien der Armutsverringerung, sondern die politische Gestaltung und Durchsetzung einer Armutsbekämpfungspolitik. In diesem Kontext geht es also darum, „to understand the political economy factors that determine the effectiveness of poverty alleviation policies“.⁶

Die Entwicklung und Implementierung von „pro-poor agendas“ erfordert zumindest drei Faktoren:

- die Präsenz politischen Wettbewerbs, die zu einer größeren Verantwortlichkeit führt,
- eine ausreichende politische Kohäsion, die notwendig ist, damit die Interessen der Armutsbevölkerung von der Regierung vertreten werden; und
- die Programme zur Armutsbekämpfung müssen in der staatlichen Politik so verankert sein, dass sie von den Eliten nicht in Frage gestellt bzw. verhindert werden können, vielmehr muss es zu einer Allokation von Ressourcen zugunsten der Armutsbevölkerung kommen (z.B. institutionelle Verankerung von Landreformprogrammen).

Stiglitz stellt hierzu die interessante Frage, warum es in vielen ostasiatischen Ländern zu der rasanten ökonomischen Entwicklung gekommen ist. Diese Länder werden vielfach als „Miracle Economies“ bezeichnet und eingeordnet. Stiglitz kommt zu der Schlussfolgerung, dass das wirkliche Wunder des ostasiatischen Raums eher politisch als ökonomisch zu begründen ist. Für ihn stellt sich daher die Frage, warum Regierungen eine Politik anstrebten und umsetzten, die zu diesem wirtschaftlichen Aufstieg führte, statt dass die politischen Akteure ihre eigenen Interessen stärker durchgesetzt und sich damit auch entsprechend bereichert hätten.⁷

In diesem Zusammenhang weist Quibria darauf hin, dass die politischen Regime der Miracle Economies alle das Merkmal aufweisen, dass sie autoritäre Regime

⁵ World Bank (2001): 117.

⁶ Lakshman (2003): 2.

⁷ Stiglitz (1996): 174.

hatten. Stellt man diese Erkenntnis der Situation von Indien gegenüber, so wird deutlich, dass demokratische Systeme bei der Armutsbekämpfung deutlich langsamer waren als die autoritären Regime der Miracle Economies.⁸ Deolalikar warnt jedoch vor einer Vereinfachung dieser Erkenntnis. Er stellt vielmehr fest, dass man nicht davon ausgehen kann, dass Demokratien oder gesellschaftliche Freiheiten alleine schon eine Armutsverringerung garantieren können. Auch Overland et al. geben zu bedenken, dass diese Position keineswegs generell gilt. So gibt es in der Region auch autoritäre Regime bzw. Diktaturen, die einen rapiden wirtschaftlichen Niedergang mit steigender Armut aufweisen. Dies lässt sich in einem politikökonomischen Modell anhand der Überlebensstrategie des autoritären Regimes bzw. Diktators erklären, wie noch aufgezeigt werden soll.⁹

Zunächst ist jedoch die empirische Evidenz, wonach autoritäre Regime in dieser Region wirtschaftlich erfolgreicher sind, offensichtlich: Eine starke und autokratische Führerschaft in einigen Entwicklungsländern war ein essenziell wichtiger Faktor für ein rasches Wirtschaftswachstum und gleichzeitig auch für eine starke Armutsverringerung. Als Beispiele können Südkorea, Singapur, Hongkong genannt werden, aber auch die VR China der 1960er- und 1970er-Jahre, das Thailand der 1970er- und 1980er-Jahre und schließlich das Indonesien der 1980er- und der frühen 1990er-Jahre.

Dieser Zusammenhang, der auf den ersten Blick sehr überzeugend ist, sollte jedoch kritisch hinterfragt werden. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass autoritäre Regime neben ihrem wirtschaftlichen Erfolg auch viele gesellschaftspolitische Probleme erzeugt haben bzw. auch heute noch erzeugen. Beispielhaft ist die Verletzung von Menschenrechten, aber auch die Unterdrückung freiheitlicher gesellschaftlicher Strukturen wie beispielsweise von Interessenverbänden. Aus ökonomischer Sicht kann man hier von Opportunitätskosten sprechen, die besonders den Gegnern des autoritären Regimes entstehen. Es besteht kein Zweifel, dass autoritäre Regime mit der indirekten Methode der Armutsbekämpfung, die grundsätzlich wachstumsorientiert ist, im Sinne rascher ökonomischer Erfolge erfolgreicher als demokratische Regime mit der direkten Methode z.B. von Einkommenstransfers sind.

Aus dieser Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie besteht der Unterschied hauptsächlich darin, dass die direkte Methode in demokratischen Ländern klar und transparent ist und von den unterschiedlichen politischen Parteien bzw. Interessengruppen gefordert wird. Gleichzeitig gibt es in der Regel jedoch zwischen den regierenden Parteien bzw. der Regierung und den Oppositionsparteien, aber auch zwischen den gesellschaftlichen Interessengruppen intensive Kontroversen über die „richtigen bzw. notwendigen Umverteilungsmaßnahmen“. Das kann effiziente oder notwendige Entscheidungen hinsichtlich einer nachhaltigen Armutsreduktion be- bzw. verhindern. Dieser Effekt kann bei schwachen Regierungen, d.h. bei einem hohen

⁸ Quibria (2002): 62ff.

⁹ Overland et al. (2000): 1ff.

Grad an Korruption bzw. bei Unvermögen, Entscheidungen durchzusetzen, noch verstärkt werden.

Im Gegensatz hierzu besteht der Nutzen der indirekten Methode zur Armutsbekämpfung darin, dass die Erzielung von Wirtschaftswachstum im Mittelpunkt steht und dass die daraus abgeleitete Armutsbekämpfungspolitik für viele politische Akteure meist unverständlich bleibt und in autoritären Regimen auch gar nicht zur Diskussion steht.¹⁰ Das setzt jedoch – in der Terminologie von Overland – ein Optimierungskalkül voraus, wonach sich das autoritäre Regime bzw. der Diktator für gesamtwirtschaftlich hohe Wachstumsraten und einen raschen Ausbau des Kapitalbestandes statt für die eigene Bereicherung entscheidet.

Während die Gemeinsamkeit eines autoritären Regimes und einer demokratisch gewählten Regierung der Machterhalt ist, ist hierfür in der Demokratie die Mehrheit der Wählerstimmen notwendig. In autoritären Regimen bedarf es dagegen eines wirksamen Schutzes gegen einzelne mächtige Gegner oder Gruppen (z.B. Verbände oder Interessengruppen). Dafür ist ein Sicherheitsapparat notwendig, der auch entsprechend ausgestattet sein muss. Das Optimierungskalkül des autoritären Regimes muss weiterhin darauf abzielen, eine möglichst große Bevölkerungsgruppe gleichmäßig zu belasten, um selektive Anreize für einen Umsturz zu vermeiden.

Daraus lassen sich dann die für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes wichtigen Allokations- und Distributionsentscheidungen wie Mittelzuweisungen für einzelne Sektoren (z.B. Gesundheit und Bildung versus Verteidigung und innere Sicherheit), innerhalb einzelner Sektoren (z.B. Grundbildung versus universitäre Bildung) oder auch grundlegende Verteilungsentscheidungen wie Landreformen im Kontext des Machterhaltungskalküls autoritärer Regime erklären und verstehen.¹¹ Dies impliziert im Prinzip auch eine erfolgreiche Armutsbekämpfungspolitik.

Es wurde aufgezeigt, dass die Rahmenbedingungen im Kontext von Good Governance z.B. im Falle von Indien zunächst positiv zu beurteilen sind. Nun kommt das Dilemma: Es konnte aus der Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie erklärt werden, warum Indien wirtschaftlich, d.h. auch bei der Armutsbekämpfung, weniger erfolgreich war als eine Reihe ostasiatischer Länder, obwohl diese eine schlechtere Performance, gemessen an den Anforderungen des Leitbildes Good Governance, hatten.

Die Differenzierung bzw. Klassifizierung in bestimmte Ländertypen wie demokratische Staaten mit schwachem oder starkem Staat oder schwache oder starke autoritäre Regime reicht nicht aus, um daraus klare Erkenntnisse für die Begründung der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. die Erfolge der Armutsbekämpfung ableiten zu können. Aus diesem Grund stellt sich nun die Frage, in welchem Maße Indien dem Leitbild von Good Governance gerecht wird bzw. wo die Stärken und Schwächen hinsichtlich der Umsetzung dieses Leitbildes liegen.

¹⁰ Varshney (1999): 5 ff.

¹¹ Durth, Körner, Michaelowa (2002): 195.

3 Anspruch und Wirklichkeit von Good Governance in Indien

Im Rahmen der fünfzigjährigen Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1997 kam es zu einer Umfrage bei der Bevölkerung zu den Problemen des Landes. Dabei stellte sich heraus, dass hauptsächlich Probleme genannt werden, die einen unmittelbaren Bezug zu Good Governance haben.¹²

- Indien wird als Nation in den nächsten fünfzig Jahren auseinander fallen (47%);
- die Situation von Recht und Ordnung ist heute schlechter als unter der britischen Kolonialzeit (43%);
- Politiker sind unehrlich bzw. unredlich (55%) und nur 6% glauben, dass Politiker ehrlich sind;
- Polizisten sind unehrlich (60%); nur 7% glauben, dass sie ehrlich sind;
- 51% der Bevölkerung glauben daran, dass 51% der Parlamentarier nicht im Geringsten an der Lösung der Probleme der Wähler interessiert sind.

Auf die Frage, welches ihrer Meinung nach in diesem Zusammenhang die größte Belastung für das Land sei, antworteten 34% der Befragten die Korruption, 20% nannten die Arbeitslosigkeit und 18% die Preissteigerungen. Die Antworten und Einschätzungen der Befragten machen unmissverständlich deutlich, dass die Befragten nur ein sehr eingeschränktes Vertrauen in den politischen Entscheidungsprozess des Landes, die Politiker und ihre Politik, aber auch in die Administration und sonstige öffentliche Personen mit einer machtvollen Positionen haben. Ob und in welchem Maße sich diese Einschätzung der Bevölkerung von anderen Ländern in der Region unterscheidet, müsste durch geeignete Indikatoren quantifiziert werden. Hierzu hat die Weltbank gerade in den letzten Jahren wichtige Untersuchungen durchgeführt. Zunächst unterscheidet die Weltbank fünf Dimensionen von Governance:¹³

- Voice and Accountability,
- Political Stability and Absence of Violence,
- Government Effectiveness,
- Regulatory Quality,
- Rule of Law,
- Control of Corruption.

Auf der Grundlage aufwendiger Berechnungsmethoden berechnet die Weltbank für jede einzelne Dimension den jeweiligen Wert. Daraus ergeben sich Einzelindikato-

¹² Ray (1999): 48.

¹³ Kaufmann et al. (2003).

ren, die in dem oben genannten Bericht der Weltbank im Anhang in umfassenden Tabellen veröffentlicht sind.

Analysiert man die Literatur, welches die relevanten Governance-Probleme in Indien sind, so werden u.a. genannt:

- konstitutionelle Probleme der Machtverteilung zwischen den Bundesstaaten und den Kommunen (Defizite der föderalistischen Machtverteilung) und
- die Schwäche der politischen Führung der politischen Parteien (einzelne Personen und/oder ihre Familiennamen haben oft größere Bedeutung, als es von ihrer Qualifikation her angemessen wäre).

Es besteht jedoch in Indien breiter Konsens darüber, dass Bürokratie und Korruption die größten Herausforderungen für die Umsetzung von Good Governance sind. Daher soll diesen beiden Bereichen nun besondere Aufmerksamkeit zukommen.

3.1 Bürokratie als Hemmnis von Good Governance

Die Theorie der Bürokratie ist neben der Theorie der Demokratie, der Diktatur und der Interessengruppen ein zentraler Forschungsgegenstand der Neuen Politischen Ökonomie. Die Aufgabe von Bürokratien ist im Prinzip die Ausführung politischer Entscheidung durch die Bereitstellung öffentlicher Leistungen. Diskretionäres Handeln, um den individuellen Nutzen bzw. den Nutzen der eigenen Gruppe zu maximieren, kann in der Neuen Politischen Ökonomie mit Hilfe des Principal-Agent-Ansatzes erklärt werden. Entscheidend ist, dass die einzelnen Bürokraten (Agent bzw. Auftragnehmer) in ihrer Leistungserstellung nicht vollständig vom Bürger und von dessen Vertretern, den Politikern (Principal bzw. Auftraggeber) kontrollierbar sind. Gründe hierfür sind häufig im ökonomischen Gutscharakter des Output bzw. in der Verschleierung der tatsächlichen Kosten der Leistungserstellung zu finden.

Nach der Unabhängigkeit erhielt Indien seine „Westminster modeled administrative structure“ aufrecht. Somit nimmt die Bürokratie in Indien eine wichtige Rolle „in translating government policies into actions“¹⁴ ein. Fragt man sich nun nach den Besonderheiten der Bürokratie in Indien, so wird zunächst deutlich, dass das System wegen der praktizierten Rekrutierung von Mitarbeitern durch den Begriff „mandarin system“ bekannt geworden ist. Die Mitarbeiter werden in Indien eher nach einem spezifischen Karrieremuster als entsprechend den Anforderungen des Arbeitsplatzes eingestellt. Hierzu gibt es ein sehr strenges Auswahlverfahren, das noch an bestimmte Altersrestriktionen gekoppelt ist.

Berücksichtigt man hierbei, dass in Indien nur einer kleinen privilegierten Minderheit die Möglichkeit einer guten Schul- und berufsqualifizierenden Ausbildung offen steht, ist nicht davon auszugehen, dass in den entscheidungsrelevanten bürokratischen Institutionen die Vielfalt von Interessenlagen repräsentiert ist und bei der

¹⁴ Ray (1999): 60.

Umsetzung politischer Entscheidungen auch vertreten wird. Es kommt in den entscheidungsrelevanten bürokratischen Institutionen vielmehr zu einem Filterprozess, bei dem die Interessenlagen der privilegierten Gruppen, d.h. der sozioökonomischen Gruppen, zu denen die Verantwortlichen in den Bürokratien gehören, besondere Beachtung finden. Eine vergleichbare Situation der Rekrutierung von politischen Akteuren in Indien ist auch in der Politik vorzufinden, was zu einem Multiplikatoreffekt bei der Interessenwahrnehmung und -vertretung führt. In diesem Kontext wird auch von einer „coalition of well-off farmers, industrialists, and business, who use resources to feather their own nests rather than building the productive capacity of the Indian economy“¹⁵ gesprochen.

Die Interessenlagen der weniger privilegierten Gruppen in Indien, besonders der Armutsbevölkerung, finden bei dieser Struktur der politischen Entscheidungsfindung bzw. Umsetzung durch die bürokratische Administration kaum Beachtung. Diese Strukturmerkmale führen weiterhin zu einer starken Informationsasymmetrie zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, da die privilegierten Gruppen, d.h. die Nutznießer des Systems, daran interessiert sind, ihre privilegierte Lebenslage zu erhalten bzw. zu verbessern. Sie werden also die Informationen zurückhalten, deren Weitergabe die Lebenslage der weniger privilegierten Gruppen verbessern, ihre eigene Lebenslage jedoch beeinträchtigen könnte.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, dass dieses System innovationshemmend ist. Es besteht in der Neuen Politischen Ökonomie breiter Konsens darüber, dass ein Mangel an politischem Wettbewerb und die bewusste Vernachlässigung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessenlagen die Entstehung von Innovationen stark behindert. In diesem System gibt es wenig Anreize bzw. geringe Motivation, gesellschaftliche Innovationen zu generieren, solange sie nicht der eigenen Lebenslage dienlich sind.

Die weitgehende Differenzierung von Gulati macht diese Zusammenhänge noch deutlicher. Er weist darauf hin, dass in Indien drei verschiedene Ebenen der Bürokratie zu unterscheiden sind:¹⁶

- Die bürokratisch technische Elite, wirkt entscheidend bei der Gestaltung bzw. Formulierung der Politik mit. Es handelt sich um Personen, die die Funktion eines „advisor to a minister“ haben oder zur Planning Commission oder zu einem staatlichen Forschungsinstitut gehören. Es handelt sich um Personen mit einem Hochschulabschluss, die häufig aus dem Indian Administrative Service (IAS) stammen.
- Die bürokratische Mittelschicht ist oft in öffentlichen Verwaltungsinstitutionen oder in Staatsbetrieben in leitender Position tätig. Sie haben jedoch ein relativ geringes Einkommen. Daher besteht bei dieser Gruppe eine gewisse Affinität,

¹⁵ Ray (1999): 61.

¹⁶ Gulati (1999): 114ff.

ihr Einkommen auf nicht immer korrekte Weise zu erhöhen. Hierfür wird auch der Begriff Korruption verwendet.

- Die organisierte Bürokratie bezieht sich primär auf die gewerkschaftlich organisierte Bürokratie, die überwiegend in der öffentlichen Verwaltung oder in Staatsunternehmen beschäftigt ist. Sie sind primär für die Implementierung der Fünf-Jahrespläne zuständig und sind an der Erhaltung bzw. Erweiterung ihres Tätigkeitsspektrums interessiert. Auch daraus leitet sich eine gewisse Neigung zur Korruption ab. Maßnahmen zum Abbau der Bürokratie werden von ihnen bekämpft. Daraus begründet sich ein immanenter Konflikt zwischen der Liberalisierungspolitik und der Interessenlage der Vertreter dieser Bürokratieebene.

Aus der Analyse der Bürokratie als Hemmnis von Good Governance in Indien wurde nicht nur diese Beziehungsstruktur deutlich. Es wurden auch schon gewisse Hinweise auf das Hemmnis der Korruption gegeben, die im Folgenden weiter vertieft werden.

3.2 Korruption als Hemmnis von Good Governance

Korruption ist, wie schon aufgezeigt wurde, ein wichtiger Indikator von Good Governance. Auf die negativen Auswirkung von Korruption aus sowohl ökonomischer als auch gesellschaftlicher Perspektive soll hier nicht näher eingegangen werden, da es hierüber in Entwicklungs- wie auch Industrieländern breiten Konsens gibt. Die Politische Ökonomie der Korruption fand in den letzten Jahren in der wissenschaftlichen Diskussion besondere Beachtung.¹⁷

In den letzten Jahren ging es in Industrie- und auch in Entwicklungsländern sowohl um die Analyse und Quantifizierung von Korruption als auch um die Politik der Bekämpfung von Korruption. Die Vereinten Nationen, die Weltbank und andere internationale Organisationen und Geberländer fordern von Entwicklungsländern zunehmend ein, dass dort die verschiedenen Formen und Mechanismen der Korruption bekämpft werden. Insofern wird die aktive und erfolgreiche Bekämpfung von Korruption eine wichtige Bedingung für die Entwicklungszusammenarbeit. Zunächst werden nun einige für Indien grundlegende Aspekte der Korruption und anschließend aktuelle Tendenzen und auch das Problem der Quantifizierung aufgezeigt.

Auf der Ebene der subjektiven Wahrnehmung durch die Bevölkerung kann festgestellt werden, dass ein großer Teil der Bevölkerung unter Korruption leidet. Das gilt besonders für die ländliche Bevölkerung, die Korruption neben Armut und Arbeitslosigkeit als besonders belastend empfindet.¹⁸ Die mangelnde Bildung und die mangelnden Kenntnisse der rechtlichen Ansprüche vieler Menschen besonders auf dem Land sind eine Ursache der weit verbreiteten Korruption. Zur Stärkung der Property Rights der Bevölkerung ist weiterhin eine faire und speditive Justiz not-

¹⁷ Vgl. u.a. Ahrens (2002).

¹⁸ Paul (1997).

wendig.¹⁹ Die Mechanismen und Folgen der Korruption sind in vielen Fallstudien hinreichend dokumentiert. Beispielhaft kann das Beschäftigungsprogramm Nehru Rozgar Yojana (NRY) als Instrument der direkten Armutsbekämpfung genannt werden.²⁰

Es gibt eine Reihe weiterer Faktoren, die Korruption fördern wie z.B. Überregulierung, mangelnde Transparenz bei Entscheidungsprozessen und der Mangel an Einrichtungen, denen Korruptionsvorfälle vorgetragen werden können, die diese gewissenhaft registrieren und konsequent verfolgen und sanktionieren. Das wäre eine wichtige Voraussetzung für die nachhaltige Verringerung der Korruption. Dadurch könnte besonders die bisher von Korruption betroffene Bevölkerung auch wieder Vertrauen gewinnen.

Ray stellt weitere vier Faktoren vor, die für Indien von besonderer Relevanz sind und für die er auch eine Vielzahl konkreter Beispiele anführt:²¹

- Die Korruption durchdringt in beispielloser Weise die höchsten Ebenen der Gesellschaft. Die Umverteilung von Gütern wird durch die Einflussnahme auf die Verwaltung und Behörden, die der Rechtsdurchsetzung dienen, vermieden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Machtgrundlagen „unerschüttert bleiben“, so dass sie die harten Realitäten des täglichen Lebens in entlegenen Regionen oder im Gefängnis nicht erleiden müssen.
- Korruption wird von vielen Bürokraten und Politikern nicht mehr als etwas Unmoralisches bzw. Beschämendes empfunden oder betrachtet.
- Es gibt keine geeignete institutionelle Einrichtung, die korrupten Praktiken auf höchster Ebene entgegenwirkt.
- In der politischen Führung besteht keine Bereitschaft, sich für den Kampf gegen Korruption zu engagieren.

Als besonders problematisch gilt, dass Korruption vielfach auf politisch höchster Ebene vorzufinden ist, obwohl es in den beiden letzten Dekaden auch immer wieder Aufsehen erregende Korruptionsprozesse mit entsprechender Bestrafung gab. Das Phänomen, wonach hohe politische Amtsträger in Korruptionsvorfälle involviert sind, ist in Indien nicht neu.

However, what is new is that other countries are making every effort to address this issue constructively, whereas India only plays lip service to the eradication or reduction of corrupt practices.²²

Im Folgenden geht es nun um einige aktuelle Tendenzen. Positiv hervorzuheben ist zunächst, dass in Südasien alle größeren Länder außer Sri Lanka und Afghanistan

¹⁹ Gulati (1999): 177.

²⁰ Kruse (1997): 285.

²¹ Ray (1999): 70.

²² Ray (1999): 76.

die Anti-Corruption Initiative, die für den asiatisch-pazifischen Raum von der Asian Development Bank Organisation for Economic Cooperation and Development (ADB-OECD) vorgelegt wurde, im November 2001 unterzeichnet haben. Somit hat sich auch Indien dazu verpflichtet, innerhalb von 18 Monaten einen Anti-Corruption Action Plan zu entwickeln.²³

Dies hat sich jedoch nach Erkenntnissen von Transparency International bisher weder im öffentlichen noch im privatwirtschaftlichen Sektor nachhaltig ausgewirkt. So gab es auch im Zeitraum von 2001 bis 2003 in Indien wieder eine Vielzahl von Korruptionsfällen. Indien nimmt gegenwärtig in dem Ranking des Berichtes 2003 von Transparency International den 73. Rang von 102 dokumentierten Ländern ein (vgl. hierzu Tabelle 1 im Anhang).

4 Schlussfolgerungen

Indien weist hinsichtlich des Leitbildes Good Governance eine Vielzahl von positiven Daten und Faktoren auf: Indien ist weltweit die größte Demokratie mit einer föderalistischen Struktur. Weiterhin zeichnet sich Indien im Verhältnis zu vielen anderen Staaten in der Region durch eine beachtliche politische und wirtschaftliche Stabilität aus. Die soziale, kulturelle und religiöse Vielfalt der Bevölkerung weist – abgesehen von einigen regionalen Problemen – relativ geringe Konfliktpotenziale auf. Schließlich wird teilweise noch auf die lange Tradition von „grassroots participation“ hingewiesen, die durch eine große Zahl von Nichtregierungsorganisationen gestärkt wird.

In den vergangenen Jahren wurde jedoch die Diskussion über Good Governance in Indien intensiver. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Good Governance nicht nur in Indien, sondern auch auf internationaler Ebene eine beachtliche Aufmerksamkeit erfahren hat. „Gute Staatsführung“ wurde auch für die bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit zu einem wichtigen Vergabekriterium. Die Diskussion wurde insbesondere durch die Weltbank initiiert, die dieses Leitbild auch inhaltlich stark prägte. Seit Ende der 1980er-Jahre wurde es in vielen Weltentwicklungsberichten immer wieder thematisiert.

Die theoretische Begründung von Good Governance aus ökonomischer Perspektive findet hauptsächlich in der Neuen Institutionenökonomie und in der Neuen Politischen Ökonomie statt. Aus dieser Sicht stellte sich die Frage nach der Relevanz von Good Governance in Indien. Zunächst ging es um die Diskussion, warum die asiatischen Tigerstaaten mit ihren autoritären politischen Regimen wirtschaftlich erfolgreicher waren als das demokratische Indien. Einer der zentralen Indikatoren hierbei ist die Armutsquote, aber auch die Rate des Wirtschaftswachstums. Dies konnte im Rahmen der Differenzierung in direkte und indirekte Methoden der Armutsbekämpfung begründet werden.

Schließlich ging es um Anspruch und Wirklichkeit von Good Governance in Indien. Dabei wurde deutlich, dass es hier eine starke Diskrepanz gibt. Aus der Per-

²³ Transparency International (2003): 154.

spektive der Neuen Politischen Ökonomie bieten sich für eine Analyse besonders die Bereiche Bürokratie und Korruption an. Zunächst war auffällig, wie kritisch die öffentliche Wahrnehmung der Bevölkerung hierzu ist. Im Kontext von Bürokratie und Korruption konnte gezeigt werden, dass es in Indien strukturelle Probleme wie das starke (Aus-)Bildungsgefälle gibt, das dazu führt, dass Politik und Bürokratie sich sehr stark aus einer Bevölkerungsminderheit rekrutieren. Dadurch gehen bestimmte Interessenlagen nur unzureichend in politische Entscheidungsprozesse ein oder werden sogar gezielt unterdrückt, und es kommt systematisch zu Informationsasymmetrien, die große Bevölkerungsgruppen diskriminieren.

Natürlich gibt es in Indien eine intensive, aber auch sehr kontroverse Diskussion über Möglichkeiten Good Governance in Indien zu stärken. Einige alternative Ansätze, die wiederum aus der Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie relevant sind, werden von Jayal aufgeführt.²⁴ Sie sollen abschließend aufgezeigt werden, um die Breite der Diskussion zu verdeutlichen. Es geht um folgende Alternativen:

- die Einschränkung von Liberalisierung und Globalisierung,
- einen höheren Grad partizipatorisch demokratischer Politik,
- die Stärkung der Zivilgesellschaft,
- die stärkere Einbeziehung von NGOs in die Implementierung politischer Programme und schließlich
- die partnerschaftliche Kooperation zwischen Staat und Kommunen.

Die Ausführungen dieses Beitrages haben deutlich gemacht, dass ganz besonders der Abbau der großen Ungleichgewichte sozioökonomischer Chancen von hoher Priorität ist, was insbesondere durch das Bildungssystem geleistet werden muss.

Literatur

- Ahrens, J.: *Governance and Economic Development. A Comparative Institutional Approach*, Cheltenham 2002
- Durth, R., Körner, H., Michaelowa, K.: *Neue Entwicklungsökonomik*, Stuttgart 2002
- Gulati, S.: *Indien – Ein potenzieller Take-off-Kandidat? Anwendung eines institutionenökonomischen Erklärungsmodells*, Freiburg 1999
- Hauff, M. von: „Indien vor dem Take-off?“, in: Draguhn, W. (Hrsg.): *Indien 2002*, Hamburg 2002, S.265-286
- Jayal, N.G.: “Reinventing the State: The Emergence of Alternative Models of Governance in India in the 1990s”, in: Jayal, N.G.; Pai, S. (eds.): *Democratic Governance in India: Challenges of Poverty, Development, and Identity*, New Delhi 2001, S.132-151

²⁴ Jayal (2001): 132ff.

- Kaufmann, D., Kraay, A., Mastruzzi, M.: *Governance Matters III: Governance Indicators for 1996-2002*, The World Bank, June 30, 2003
- Kruse, B.: *Beschäftigungsprogramme als Instrument der städtischen Armutsbekämpfung in Indien*, Regensburg 1997
- Lakshman, N.: *The Political Economy of Good Governance for Poverty Alleviation Policies*, Asian Development Bank, May 2003
- Overland, J.; Simons, K.; Spagat, M.: *Political Instability and Growth in Dictatorships*, William Davidson Institut Working Paper Nr.354, University of Michigan, Michigan 2000
- Paul, S.: Corruption: "Who will bell the cat?", in: *Economic and Political Weekly*, 7. Juni 1997, S.1350-1355
- Quibria, M. G.: *Growth and Poverty Lessons from the East Asian Miracle Revisited*, ADBI Research Paper 33, Tokio 2002
- Stiglitz, J.: "Some Lessons from the East Asian Miracle", in: *World Bank Research Server* 11 (2) 1996, S.174-180
- Theobald, Ch.: *Zur Ökonomik des Staates – Good Governance und die Perzeption der Weltbank*, Baden-Baden 2000
- Transparency International: *Global Corruption Report 2003*, Berlin 2004
- Varshney, A.: "Democracy and Poverty", Paper presented at the conference of the World Development Report, 15-16 August, Department for International Development and Institute of Development Studies, University of Sussex 2000
- World Bank: *Governance and Development*, Washington 1992

Anhang

Tab. 1: Transparency International Corruption Perceptions Index 2002

Rang	Land	CPI-2002-Punktwert	Verwendete Untersuchungen	Standardabweichungen	Höchster/niedrigster Wert
1	Finnland	9,7	8	0,4	8,9/10,0
2	Dänemark	9,5	8	0,3	8,9/9,9
	Neuseeland	9,5	8	0,2	8,9/9,6
4	Island	9,4	6	0,4	8,8/10,0
5	Singapur	9,3	13	0,2	8,9/9,6
	Schweden	9,3	10	0,2	8,9/9,6
7	Kanada	9,0	10	0,2	8,7/9,3
	Luxemburg	9,0	5	0,5	8,5/9,9
	Niederlande	9,0	9	0,3	8,5/9,3
10	Großbritannien	8,7	11	0,5	7,8/9,4
11	Australien	8,6	11	1,0	6,1/9,3
12	Norwegen	8,5	8	0,9	6,9/9,3
	Schweiz	8,5	9	0,9	6,8/9,4

Rang	Land	CPI-2002-Punktwert	Verwendete Untersuchungen	Standardabweichungen	Höchster/niedrigster Wert
14	Hongkong	8,2	11	0,8	6,6/9,4
15	Österreich	7,8	8	0,5	7,2/8,7
16	USA	7,7	12	0,8	5,5/8,7
17	Chile	7,5	10	0,9	5,6/8,8
18	Deutschland	7,3	10	1,0	5,0/8,1
	Israel	7,3	9	0,9	5,2/8,0
20	Belgien	7,1	8	0,9	5,5/8,7
	Japan	7,1	12	0,9	5,5/7,9
	Spanien	7,1	10	1,0	5,2/8,9
23	Irland	6,9	8	0,9	5,5/8,1
24	Botswana	6,4	5	1,5	5,3/8,9
25	Frankreich	6,3	10	0,9	4,8/7,8
	Portugal	6,3	9	1,0	5,5/8,0
27	Slowenien	6,0	9	1,4	4,7/8,9
28	Namibia	5,7	5	2,2	3,6/8,9
29	Estland	5,6	8	0,6	5,2/6,6
	Taiwan	5,6	12	0,8	3,9/6,6
31	Italien	5,2	11	1,1	3,4/7,2
32	Uruguay	5,1	5	0,7	4,2/6,1
33	Ungarn	4,9	11	0,5	4,0/5,6
	Malaysia	4,9	11	0,6	3,6/5,7
	Trinidad & Tobago	4,9	4	1,5	3,6/6,9
36	Weißrussland	4,8	3	1,3	3,3/5,8
	Litauen	4,8	7	1,9	3,4/7,6
	Südafrika	4,8	11	0,5	3,9/5,5
	Tunesien	4,8	5	0,8	3,6/5,6
40	Costa Rica	4,5	6	0,9	3,6/5,9
	Jordanien	4,5	5	0,7	3,6/5,2
	Mauritius	4,5	6	0,8	3,5/5,5
	Südkorea	4,5	12	1,3	2,1/7,1
44	Griechenland	4,2	8	0,7	3,7/5,5
45	Brasilien	4,0	10	0,4	3,4/4,8
	Bulgarien	4,0	7	0,9	3,3/5,7
	Jamaika	4,0	3	0,4	3,6/4,3
	Peru	4,0	7	0,6	3,2/5,0
	Polen	4,0	11	1,1	2,6/5,5
50	Ghana	3,9	4	1,4	2,7/5,9
51	Kroatien	3,8	4	0,2	3,6/4,0

Rang	Land	CPI-2002-Punktwert	Verwendete Untersuchungen	Standardabweichungen	Höchster/niedrigster Wert
52	Tschechische Rep.	3,7	10	0,8	2,6/5,5
	Lettland	3,7	4	0,2	3,5/3,9
	Marokko	3,7	4	1,8	1,7/5,5
	Slowakei	3,7	8	0,6	3,0/4,6
	Sri Lanka	3,7	4	0,4	3,3/4,3
57	Kolumbien	3,6	10	0,7	2,6/4,6
	Mexiko	3,6	10	0,6	2,5/4,9
59	VR China	3,5	11	1,0	2,0/5,6
	Dominik. Republik	3,5	4	0,4	3,0/3,9
	Äthiopien	3,5	3	0,5	3,0/4,0
62	Ägypten	3,4	7	1,3	1,7/5,3
	El Salvador	3,4	6	0,8	2,0/4,2
64	Thailand	3,2	11	0,7	1,5/4,1
	Türkei	3,2	10	0,9	1,9/4,6
66	Senegal	3,1	4	1,7	1,7/5,5
67	Panama	3,0	5	0,8	1,7/3,6
68	Malawi	2,9	4	0,9	2,0/4,0
	Usbekistan	2,9	4	1,0	2,0/4,1
70	Argentinien	2,8	10	0,6	1,7/3,8
71	Elfenbeinküste	2,7	4	0,8	2,0/3,4
	Honduras	2,7	5	0,6	2,0/3,4
	Indien	2,7	12	0,4	2,4/3,6
	Russland	2,7	12	1,0	1,5/5,0
	Tansania	2,7	4	0,7	2,0/3,4
	Simbabwe	2,7	6	0,5	2,0/3,3
77	Pakistan	2,6	3	1,2	1,7/4,0
	Philippinen	2,6	11	0,6	1,7/3,6
	Rumänien	2,6	7	0,8	1,7/3,6
	Sambia	2,6	4	0,5	2,0/3,2
81	Albanien	2,5	3	0,8	1,7/3,3
	Guatemala	2,5	6	0,6	1,7/3,5
	Nicaragua	2,5	5	0,7	1,7/3,4
	Venezuela	2,5	10	0,5	1,5/3,2
85	Georgien	2,4	3	0,7	1,7/2,9
	Ukraine	2,4	6	0,7	1,7/3,8
	Vietnam	2,4	7	0,8	1,5/3,6
88	Kasachstan	2,3	4	1,1	1,7/3,9

Rang	Land	CPI-2002-Punktwert	Verwendete Untersuchungen	Standardabweichungen	Höchster/niedrigster Wert
89	Bolivien	2,2	6	0,4	1,7/2,9
	Kamerun	2,2	4	0,7	1,7/3,2
	Ecuador	2,2	7	0,3	1,7/2,6
	Haiti	2,2	3	1,7	0,8/4,0
93	Moldawien	2,1	4	0,6	1,7/3,0
	Uganda	2,1	4	0,3	1,9/2,6
95	Aserbaidshjan	2,0	4	0,3	1,7/2,4
96	Indonesien	1,9	12	0,6	0,8/3,0
	Kenia	1,9	5	0,3	1,7/2,5
98	Angola	1,7	3	0,2	1,6/2,0
	Madagaskar	1,7	3	0,7	1,3/2,5
	Paraguay	1,7	3	0,2	1,5/2,0
101	Nigeria	1,6	6	0,6	0,9/2,5
102	Bangladesch	1,2	5	0,7	0,3/2,0

Anm.: Eine ausführlichere Beschreibung der für den CPI 2002 angewandten Methodik finden Sie unter <http://www.transparency.org/cpi/index.html#cpi> oder unter www.gwdg.de/~uwww/2002.html. „CPI-2002-Punktwert“ bezieht sich auf den Grad der Korruption, wie er von Geschäftsleuten und Risikoanalysten wahrgenommen wird, und bewegt sich zwischen 10 (nicht korrupt) und 0 (äußerst korrupt). „Verwendete Untersuchungen“ bezieht sich auf die Anzahl der Untersuchungen, die das Abschneiden eines Landes bewerten. Insgesamt wurden 15 Untersuchungen von neun unabhängigen Institutionen verwendet. Um in den CPI 2002 aufgenommen zu werden, musste jedes Land in mindestens drei Untersuchungen vorkommen. „Standardabweichungen“ bezeichnet Unterschiede im Wert der Quellen: je größer die Standardabweichung, desto größer die Differenzen in den Ergebnissen einzelner Quellen für ein und dasselbe Land. „Höchster/niedrigster Wert“ zeigt den jeweils höchsten und niedrigsten Wert der verschiedenen Quellen an.

Quelle: http://www.transparency.org/pressreleases_archive/2002/dnld/cpi2002.pressrelease.de.doc; Stand: 16. März 2004.

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2004

**Politik
Wirtschaft
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Dietmar Rothermund
Dr. habil. Christian Wagner

Beiträge von:

Beate Bergé	Peter Lehr
Joachim Betz	Hans Christoph Rieger
Dirk Bronger	Jakob Rösel
Jona Aravind Dohrmann	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Jörg Joswiak	Günter Schucher
Clemens Jürgenmeyer	Christian Wagner
Pia Kleis	Johannes Wamser
Elena Koch	Hans-Georg Wieck
Heinrich Kreft	Wolfgang-Peter Zingel
Oliver Lamprecht	



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje, M.A.
Satz und Textgestaltung: Christine Berg, M.A.

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-306-5
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2004

<p>Indien 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2004. – 478 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-306-5</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).